

1

ORIGINAL SOZIAL

2

3

4

für Halle

5

6

7

8

9

10

Kommunalwahlprogramm

11

12

13

14

DIE LINKE.

15

Stadtverband Halle

16

17

18 **Liebe Hallenserinnen und liebe Hallenser,**

19
20 Halle ist eine liebenswerte und attraktive Stadt. Ihr Antlitz hat sich in den letzten 20 Jahren grundlegend ver-
21 ändert. Halle ist auf dem Wege von der Industrie- und Chemiarbeiterstadt zur Stadt der Dienstleistungs-
22 branchen sowie der Wissenschaft und Kultur.

23 Halle hat wieder einen Namen in Deutschland - durch Leistungen der Wissenschaft in Vergangenheit und
24 Gegenwart, durch die Entwicklung moderner Zentren für Medien und innovative Technologien, durch Kunst
25 und Kultur, die über die Region hinausstrahlen. Es ist aber auch eine Stadt mit immer noch hoher Arbeitslo-
26 sigkeit und vielen sozialen Problemen. Dass ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen im Alter bis 18 Jahre
27 in Halle in Armut leben und auf Sozialleistungen angewiesen sind, macht das Ausmaß sozialer Probleme vor
28 allem von Familien deutlich. Das Wort soziale Gerechtigkeit ist zum Schlagwort geworden, mit dem der So-
29 zialabbau als Reform verkauft wird.

30 DIE LINKE will sich damit nicht abfinden – in grundsätzlicher, gesellschaftspolitischer Hinsicht nicht, nicht
31 in Europa, nicht auf Bundesebene oder in Sachsen-Anhalt, aber auch in der realen Kommunalpolitik nicht.
32 Wir wollen unter den gegebenen, aber nicht unveränderbaren, kapitalistischen Verhältnissen dagegen ange-
33 hen mit allen Möglichkeiten, die wir haben.

34 Für die Kommunalpolitik in der Stadt Halle müssen wir sehen: Seit der Wende ist die Bevölkerung unserer
35 Stadt um ein Viertel geschrumpft. Ein anhaltendes Geburtendefizit und der Wegzug der jüngeren Generation
36 führen gleichzeitig zu einem wachsenden Anteil älterer Menschen. Die Folgen dieser demografischen Ent-
37 wicklung werden unter dem Schlagwort „Schrumpfende Stadt“ zusammengefasst. Wohnungsleerstand, Un-
38 terauslastung oder entstandener Überdimensionierung kommunaler Infrastruktur bei gleichzeitigem Rück-
39 gang der Zahl derjenigen, auf die nach dem Solidarprinzip die Kosten verteilt werden, stehen die
40 zunehmende Nachfrage nach seniorengerechtem Bauen, altersgerechten Wohnformen, Nachbarschaftshilfe,
41 Pflegediensten, Ruhe- und Sicherheitsbedürfnissen, angepassten Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen
42 und eine zunehmende Abhängigkeit vom ÖPNV gegenüber.

43 DIE LINKE ist sich bewusst, dass sich Veränderungen demografischer Trends nur über große Zeiträume
44 hinweg erkennen lassen und deshalb Weichenstellungen mit langfristigen Wirkungen und nicht ein Denken
45 und Agieren in Wahlperioden notwendig sind.

46 Und DIE LINKE verkennt nicht den Ernst der Lage in der Stadt Halle - insbesondere mit Blick auf die leeren
47 Kassen und die hohe Verschuldung. Wir wollen Auswege aufzeigen und beschreiten und laden zum Mittun
48 ein. Wir wollen unsere Ziele gemeinsam mit Gewerkschaften, den zahlreichen Interessenverbänden, Verei-
49 nen und Initiativen entwickeln, im Stadtrat zu Gehör bringen und um Mehrheiten für ihre Umsetzung wer-
50 ben. Wir wollen das mit den Mitteln der Stadt Mögliche in Angriff nehmen und von Land und Bund bessere
51 Bedingungen für kommunale Politik hörbar einfordern. Dabei ist die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und
52 Bürger in Diskussionsprozessen und Entscheidungsfindungen unser ausdrückliches Ziel.

53 In einer Zeit zunehmender sozialer Kälte ist eine starke politische Gegenkraft wie DIE LINKE notwendiger
54 denn je. Wir, DIE LINKE, wollen Halle, wir wollen Deutschland und Europa sozial gerechter gestalten!

55 Deshalb kämpfen wir für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, für gute Existenz sichernde Ar-
56 beit sowie gute Rente, für Gesundheit und gleiche Bildungschancen, für Frieden, für eine gesicherte und die
57 Umwelt erhaltende Energieversorgung; gegen Hartz IV, gegen Kriege, gegen Kinder- und Altersarmut.

58 Dafür treten zu den Kommunalwahlen Mitglieder unserer Partei und Menschen, die mit ihr sympathisieren
59 an, mit Ideenreichtum und Engagement, mit einem offenen Ohr für alle Sorgen und Nöte, aber auch für Vor-
60 schläge zur Veränderung, die sie aufnehmen, prüfen und, so möglich, für ihre Umsetzung streiten.

61

62

63 **Dafür brauchen wir ihre Stimmen. Am besten alle drei!**

64 **Bitte wählen Sie am 7. Juni 2009 DIE LINKE für eine starke LINKE Fraktion**
65 **im Stadtrat der Stadt Halle!**

66 **Wählen Sie *original sozial* !**

67 **1. Für eine dynamische Stadt Halle**

68
69 Die bisherige städtische Ansiedlungspolitik ist fehlgeschlagen. Halle braucht noch eine andere Entwicklung,
70 hin zu einem verstärkten Ausbau innovativer Bildungs-, Forschungs- und Produktionspotenziale. Halles Zu-
71 kunft liegt deshalb nicht nur im Dienstleistungssektor, sondern in qualifizierten, wissensintensiven Arbeits-
72 plätzen, in kleinteiligen, vernetzten und hoch anpassungsfähigen Unternehmen. Kinder, Jugendliche und
73 Familien erhalten daraus Arbeits- und Lebensperspektiven in der Stadt. An ihren Interessen richtet sich unse-
74 re Politik aus, wenn alle eine Chance haben sollen.

75

76

77 **1.1. Halle - braucht jeden Existenz sichernden Arbeitsplatz!**

78

79 Die Wirtschaftskraft Halles ist die Basis kommunaler Handlungsfähigkeit und damit entscheidend für die
80 Gestaltung der Lebensverhältnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger. Von ihr hängen sowohl die Finanzaus-
81 stattung der Stadt als auch die Beschäftigungschancen und die Einkommenssituation ihrer Einwohner
82 maßgeblich ab. In den vergangenen Jahren wurden zwar geringfügige Fortschritte am Arbeitsmarkt er-
83 reicht, jedoch wurden diese vor allem durch ein Wachstum im Niedriglohnbereich erkaufte. Das durch-
84 schnittliche Haushaltseinkommen sinkt und immer mehr Menschen sind so abhängig von sozialen Trans-
85 ferleistungen. Die Diskrepanz zwischen Arm und Reich wächst auch in unserer Stadt.

86

87 **Das heißt für DIE LINKE:**

88

- 89 ➤ Orientierung der industriellen Ansiedlungspolitik an umweltschonenden und zukunftsfähigen Tech-
90 nologien
- 91 ➤ fortschreitende Entwicklung des Technologie- und Gründerzentrums
- 92 ➤ Bau eines Multimediazentrums II
- 93 ➤ transparente Ausschreibungs- und Vergabepolitik im Interesse der regionalen Wirtschaft, ausgerichtet
94 an sozialen und ökologischen Kriterien
- 95 ➤ Stärkung der öffentlichen Unternehmen wie Stadtwerke und HAVAG als größte Arbeitgeber in der
96 Stadt Halle und strikte Ablehnung ihrer „echten“ Privatisierung und ihres Verkaufes
- 97 ➤ Hände weg von den beiden kommunalen Wohnungsunternehmen GWG und HWG; kein Ausverkauf
98 kommunaler Wohnungen zu Lasten der Mieter und zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung der
99 Stadt Halle
- 100 ➤ Erhalt der kommunalen Trägerschaft und Stärkung der Saalesparkasse als wichtige, zuverlässige
101 Partnerin für klein- und mittelständische Unternehmen
- 102 ➤ Absicherung der Betreuung von Investoren aus einer Hand durch die Stadtverwaltung und die Ab-
103 schaffung bürokratischer Verwaltungsabläufe
- 104 ➤ Verhinderung der Abwanderung öffentlicher Institutionen aus Halle
- 105 ➤ Einsatz für die Schaffung einer kommunalen Investitionspauschale

106

107

108 **1.2. Halle – eine Stadt der Wissenschaften und Studierenden**

109

110 Die Martin-Luther-Universität, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein und die Hochschule für even-
111 gelische Kirchenmusik machen Halle zum größten Hochschulstandort des Landes Sachsen-Anhalt. Die
112 deutschlandweite und internationale Ausstrahlung der Hochschulen sind ebenso von unschätzbarem Wert
113 für die Stadt und die Region, wie ihre Attraktivität für junge Menschen und ihr Innovationspotential.

114 DIE LINKE setzt sich für eine aktive Werbung der Stadt Halle - gemeinsam mit den Wissenschaftsein-
115 richtungen - um Studierende ein. Studierenden soll ein attraktives Umfeld geboten werden - während ih-
116 rer Studienzzeit und danach.

117 **Das heißt für DIE LINKE:**

- 118
- 119 ➤ stärkere Unterstützung von Existenzgründungen und Unternehmensansiedlungen im wissenschafts-
 - 120 nahen Bereich durch die Stadt
 - 121 ➤ besonderes Augenmerk auf die sich entwickelnde Kreativwirtschaft und die Entwicklung des Tech-
 - 122 nologieparks am Weinbergweg richten.
 - 123 ➤ größtmögliche Unterstützung der Leopoldina für die Aufgabe der Nationalen Wissenschaftsakademie
 - 124 am Standort Halle durch die Stadt
 - 125 ➤ Entwicklung und Ansiedlung außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen und die Vernetzung der
 - 126 Wissenschaftseinrichtungen mit der regionalen Wirtschaft stärker unterstützen
 - 127 ➤ in Abstimmung mit dem Studentenwerk sorgt die Stadt vor allem über ihre Wohnungsgesellschaften
 - 128 für bezahlbaren Wohnraum für Studierende
 - 129 ➤ Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer und statt dessen ein umfangreiches Willkommenspaket für
 - 130 Studierende, die ihren Hauptwohnsitz hier anmelden
 - 131 ➤ Unterstützung studentischer Initiativen in der Kultur, im sozialen Bereich und im Sport
 - 132 ➤ günstige Eintrittspreise zu den Kultureinrichtungen sowie die kostenlose Nutzung der Stadtbibliothek
 - 133 ➤ Einsatz für ein attraktives Semesterticket, das die Region Halle-Leipzig mit einbezieht
 - 134 ➤ Anpassung der Kinderbetreuung an den Alltag junger AkademikerInnen

135

136

137 **1.3. Halle – eine Stadt mit bester Bildung**

138

139 Die Bildung ist ein Schlüssel zur freien Entfaltung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen, aber

140 auch für ihre Chancen und ihr Engagement im Leben und im Beruf. Gebildete junge Menschen sind die

141 beste Voraussetzung für Entwicklung und Innovation in unserer Region.

142 DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen optimale Bedingungen für erfolgreiches

143 Lernen in gut ausgestatteten Schulen erhalten und jeder angestrebte Abschluss an allgemeinbildenden und

144 berufsbildenden Schulen erlangt werden kann.

145

146 **Das heißt für DIE LINKE:**

147

- 148 ➤ Gestaltung eines ausgewogenen Schulnetzes, gerade unter den Bedingungen stagnierender Schüler-
- 149 zahlen
- 150 ➤ Einhalten des Prinzips „kurze Wege für kurze Beine“ durch wohnortnahe Grundschulen
- 151 ➤ Ermöglichen sicherer Schulwege und das Verhindern einer Entschulung der Außenbezirke
- 152 ➤ Zusammenarbeit mit dem Saalekreis in der Schulentwicklungsplanung, um die Nutzung von
- 153 Schulstandorten der allgemeinbildenden Schulen zu optimieren, besonders aber um eine sinnvolle re-
- 154 gionenbezogene Profilierung der berufsbildenden Schulen abzustimmen
- 155 ➤ Unterstützung und Förderung aller Aktivitäten, die darauf gerichtet sind, das gemeinsame Lernen
- 156 über die Klassenstufe 4 hinaus in einer Gemeinschaftsschule für alle Kinder zu ermöglichen und die
- 157 frühzeitige Aufteilung von Kindern in verschiedene Bildungsgänge zu beenden
- 158 ➤ Werbung bei Eltern, Schülern und LehrerInnen, eine Gesamtschule im Süden unserer Stadt aufzubauen
- 159
- 160 ➤ Forderung und Beförderung deutlicher Fortschritte auf dem Weg zur Integration von Kindern und Ju-
- 161 gendlichen mit Lernbeeinträchtigungen, vom gemeinsamen Unterricht von Kindern und Jugendlichen
- 162 mit sonderpädagogischen Förderbedarf hin zu einer inklusiven Schule
- 163 ➤ bessere Sachausstattung der Förderzentren und die schrittweise Durchsetzung der Barrierefreiheit in
- 164 den Schulgebäuden
- 165 ➤ enge Zusammenarbeit von Schule und Hort, stärkere Verzahnung von Schule und Einrichtungen der
- 166 Jugendhilfe sowie kontinuierliche Schulsozialarbeit, um Schule als Lern- und Lebensort zu qualifizie-
- 167 ren
- 168 ➤ Schülerticket für alle Kinder - von der ersten Klasse bis in die Sekundarstufe II
- 169 ➤ Nutzung der an den Berufsschulen vorhandenen Ressourcen für berufliche Bildung auch für die Pro-
- 170 filierung polytechnischer Bildung in den allgemeinbildenden Schulen
- 171 ➤ Wahrnehmung der besonderen Verpflichtung aller kommunalen Unternehmen und der Stadtverwaltung,
- 172 junge Menschen auszubilden

- 173 ➤ Abstimmung der Volkshochschule mit der Volkshochschule des Saalekreises auf dem Gebiet der
174 Stadt bei Kursangebot Gebührensatzung
175 ➤ Nutzung aller Mittel aus Bundes- und Europaprogrammen, um so viele Schulen wie möglich mit öf-
176 fentlichen Mitteln zu sanieren und zu modernisieren
177 ➤ Unterstützung der Schulen, die an dem Projekt „Musisch-ästhetische Bildung“ teilnehmen
178
179

180 **2. Für eine zukunftsfähige Stadt**

181

182 DIE LINKE steht für eine zukunftsfähige Stadtentwicklungspolitik, welche die Rahmenbedingungen schafft,
183 dass die Menschen gern in Halle wohnen, lernen, arbeiten, bummeln und einkaufen oder ihre Freizeit ver-
184 bringen.

185 **2.1. Halle – Chancengleichheit für unsere Kinder und Jugendlichen**

186

187 Die Stadt Halle hat sich das strategische Ziel gestellt, eine kinder- und familienfreundliche Stadt zu sein.
188 Für uns hat dabei die Schaffung von Bedingungen der Chancengleichheit für alle Kinder oberste Priorität.
189 Dazu gehören Fragen eines ausgewogenen und qualitativ hochwertigen Bildungsangebotes von den Kindertagesstät-
190 ten über Grund-, Sekundarschulen und Gymnasien bis zu Angeboten der Berufsausbildung und der Hoch-
191 schulentwicklung ebenso wie die Sicherung von Jugendfreizeitangeboten und, wo nötig, einer qualifizierten
192 sozialen Betreuung und Beratung.
193
194

195 **Das heißt für DIE LINKE:**

- 196
197
- 198 ➤ die Erarbeitung und Umsetzung von Handlungsstrategien, um der bestehenden und drohenden Kinder-
199 armut entgegenzutreten
 - 200 ➤ Umsetzung des Rechtsanspruches eines jeden Kindes auf einen Ganztagsplatz in Krippe und Kindergar-
201 ten. unabhängig davon, ob seine Eltern Arbeit haben oder nicht. Darum fordern wir vom Land eine ent-
202 sprechende Gesetzesänderung und eine ausreichende finanzielle Untersetzung
 - 203 ➤ mittelfristig Gebührenfreiheit für einen Kitaplatz schaffen – bei Beteiligung durch Bund und Land an der
204 Finanzierung
 - 205 ➤ Zuschüsse für Mahlzeiten (im Rahmen der Leistungen des Halles-Passes) in den Kindertageseinrichtun-
206 gen der Stadt beibehalten
 - 207 ➤ die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebotes, insbesondere für Kinder unter 3 Jahren
 - 208 ➤ Jugendsozialarbeit muss für alle Schulen und Schüler zum festen Bestandteil des Angebotes der schuli-
209 schen Betreuung werden
 - 210 ➤ die strikte Berücksichtigung der Kinder- und Familienfreundlichkeit bei allen kommunalen Projekten
211 und Planungsvorhaben
 - 212 ➤ Fortschreibung der Jugendhilfeplanung im Kontext des demografischen Wandels als Instrument präven-
213 tiver Jugendarbeit und deren bedarfsgerechte Finanzierung
 - 214 ➤ die Erhaltung aller derzeit bestehenden Jugendfreizeiteinrichtungen
 - 215 ➤ Unterstützung von Initiativen zu eigenverantwortlicher und mobiler Jugendarbeit
 - 216 ➤ die aktive Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates der Stadt in Entscheidungen zur Jugendarbeit
 - 217 ➤ eine interkulturell ausgerichtete Jugendarbeit gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitis-
218 mus
 - 219 ➤ die Weiterführung des Fan- Projektes des HFC als Jugendsozialarbeit
 - 220 ➤ die Bereitstellung von Lehrstellen in der Stadtverwaltung und in den städtischen Betrieben
 - 221 ➤ die Entwicklung geeigneter Projekte mit der ARGE, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen
222

223 **2.2. Halle - Stadtumbau sozial begleiten**

224

225 Die eigentliche Herausforderung des Stadtumbaus ist die Bewältigung der damit im Zusammenhang stehen-
226 den sozialen Folgen. Unter anderem durch die Wirkung der Hartz IV-Gesetzgebung hat sich die Situation
227 vieler Menschen verschlechtert. Belastungen sind für fast alle Bevölkerungsteile – nicht nur für Hartz IV-
228 Empfänger - stetig größer geworden. Die Angst vor einem möglichen sozialen Abstieg erfasst inzwischen
229 auch die Mittelschicht und die so genannten „Besserverdienenden“. Circa ein Drittel aller Kinder lebt in Ar-

230 mut oder ist von Armut bedroht. Menschenwürde für Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind,
231 erhalten und sie nicht in der Bürokratie ersticken lassen.
232 Und: Halle wird älter! Ältere Menschen haben heute höhere Ansprüche an ihre Lebensgestaltung, sie wollen
233 am gesellschaftlichen Leben in allen Formen teilnehmen. Eine besondere Herausforderung ergibt sich aus
234 dem Bedarf an gesundheitlicher Betreuung und Altenpflege. Mehr als bisher müssen alle Partner – ob öf-
235 fentlicher oder freier Träger – zusammenarbeiten und für einen solidarischen Ausgleich zwischen Bevölke-
236 rungsschichten und den Generationen wirken.
237 DIE LINKE wird mit ihren Mitteln darum kämpfen, auch in finanziell schwierigen Zeiten in der Stadt etwas
238 für in unterschiedlicher Weise benachteiligte und/oder hilfebedürftige Menschen zu erreichen.
239

240 **Das heißt für DIE LINKE:**

- 241
- 242 ➤ Erhaltung des Halle-Passes und eine schrittweise Erweiterung der Leistungs-Angebote durch die Einfüh-
243 rung eines Sozialtickets
- 244 ➤ Erhalt der Einrichtungen der sozialen Daseinsvorsorge, wie z.B. Begegnungsstätten, Betreuungsange-
245 bote und soziale Präventions- und Unterstützungsangebote in den 5 Sozialräumen(Stadtteilen) Halles
- 246 ➤ Generationengerechtigkeit - Das Konzept „Alt sein in Halle“ muss fortgeschrieben werden und auf aktu-
247 elle Probleme reagieren
- 248 ➤ Unterstützung und Förderung solcher Betreuungsformen, die hilfebedürftigen Menschen ein selbstbe-
249 stimmtes und würdevolles Leben ermöglichen
- 250 ➤ Der Seniorenrat sollte unter anderem das Mitwirkungsrecht im Sozial-, Gesundheits-, Planungs- und
251 Gleichstellungsausschuss des Stadtrates bekommen.
- 252 ➤ barrierefreie Stadt - das Konzept zur Integration und Gleichstellung behinderter Menschen muss fortge-
253 schrieben und qualifiziert werden
- 254 ➤ ortsnahe und ausreichende medizinische Grundsicherung für alle Bürgerinnen und Bürger in den 5 Sozi-
255 alräumen der Stadt, insbesondere des jugendmedizinischen Dienstes
- 256 ➤ Förderung des Projektes „Gesunde Stadt“ als Bürgerprojekt
- 257 ➤ kritische Begleitung der Arbeit der ARGE
- 258 ➤ Öffentlich geförderte Beschäftigung und qualifizierte Tätigkeit für Langzeitarbeitslose mit Beschäfti-
259 gungsperspektiven
- 260 ➤ Beibehaltung der hauptamtlichen Gleichstellungs-, Behinderten- und Integrationsbeauftragten der Stadt
- 261 ➤ Erhaltung des Frauenschutzhauses und des Frauennachttaxis
- 262 ➤ Förderung von Projekten, welche die spezifischen Belange von Frauen unterstützen
- 263 ➤ bevorzugte Förderung von Existenzgründungsinitiativen von Frauen

264

265

266 **2.3. Halle – Chancen des Stadtumbaus voll nutzen**

267

268 Der über das Jahr 2010 hinaus geförderte Stadtumbau wird zunehmend zu einem Markenzeichen der Stad-
269 tentwicklung. Er beeinflusst und durchdringt alle Lebensbereiche und muss an den Bedürfnissen der Men-
270 schen ausgerichtet werden sowie zur umfassenden Verbesserung ihrer Lebensbedingungen führen.
271

272 **Das heißt für DIE LINKE:**

- 273
- 274 ➤ Maximale Ausnutzung von Handlungsinitiativen und Förderprogrammen, wie „Soziale Stadt“ und
275 „Stadtumbau Ost“
- 276 ➤ Methode der Integrativen Stadtentwicklung auf alle übrigen nicht im Rahmen des Stadtumbaus geför-
277 derten Stadtteile ausweiten
- 278 ➤ Entwicklung der Stadtteile durch Stärkung der vorhandenen Potenziale und zielgerichtete Beseitigung
279 von Defiziten unter Einbeziehung der betroffenen Bürger
- 280 ➤ Durchgängige Beachtung der Erfordernisse von Barrierefreiheit, Kinder-, Familien- und Senioren-
281 freundlichkeit im öffentlichen Raum
- 282 ➤ Erhalt der HWG und GWG als kommunale Wohnungsunternehmen mit dem Ziel der Sicherung ausrei-
283 chend bezahlbaren Wohnraums für jung und alt in allen Sozialräumen(Stadtteilen);
- 284 ➤ weitere Sanierung des Wohnungsbestandes unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer (energeti-
285 scher) Gesichtspunkte

- 286 ➤ Abschluss von Vereinbarungen zur Wohnquartiersgestaltung und deren strikte Umsetzung durch die be-
287 teiligten Wohnungs- bzw. Versorgungsunternehmen
288 ➤ Konstruktiv-kritische Begleitung des Vorhabens Geisteswissenschaftliches Zentrum der Universität am
289 Standort Emil-Abderhalden-Straße
290 ➤ Einforderung von Nachnutzungskonzepten für in großer Zahl frei gewordener und noch frei werdender
291 öffentlicher Gebäude
292 ➤ Drängen auf Vollendung der Entwicklung des Baugebietes „Spitze“ oder Schaffung einer tragfähige
293 Zwischenlösung nach 15 Jahren ‚Loch‘
294 ➤ Planung der Verkehrsinfrastruktur der Bevölkerungsentwicklung anpassen; dass heisst z.B..keinen drit-
295 ten Saaleübergang im Süden bauen und Rückbau versiegelter Flächen
296
297

298 **2.4. Halle - Stadtumbau ökologisch gestalten**

299

300 Die Umweltbedingungen haben sich in Halle kontinuierlich verbessert. Diese Entwicklung wird von den
301 Hallenserinnen und Hallensern zunehmend wahrgenommen und gewürdigt. Verkehrslärm und Feinstaub sind
302 mittlerweile für die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt und ihre Gäste zu den Hauptbelastungs-
303 faktoren geworden.

304 Der seit 1989 erfolgte Rückgang der Gesamtbevölkerung der Stadt Halle um ein Viertel sollte es erleichtern,
305 haushalterisch und ökologisch mit der nicht vermehrbaren Ressource Stadtfläche umzugehen.

306 **Das heißt für DIE LINKE:**

307

- 308
- 309 ➤ den Wechsel von einer expansiven, wachstumsbasierten, ständig neue Freiflächen in Bauland verwan-
310 delnden Stadtentwicklungspolitik zu einem Flächenmanagement der Stadt in den heutigen Grenzen der
311 bebauten Stadtfläche zu vollziehen. Als geeignete Instrumente dafür sehen wir:
 - 312 ○ Erarbeitung eines Brachflächenkatasters
 - 313 ○ Revitalisierung von gegenwärtig ungenutzten ehemaligen Gewerbeflächen
 - 314 ○ Fortschreibung der Stadtumbaukonzepte und Ergänzung um perspektivische Nachnutzungsflä-
315 chen für individuellen Wohnungsbau
 - 316 ○ Verminderung des bestehenden Siedlungsdruckes auf die Randlagen der Dölauer Heide, die
317 Saaleaue oder die Reideniederung durch baurechtliche Absicherung.
 - 318 ➤ Brachflächen als zeitweilige oder dauerhafte, der Sukzession unterliegende Biotope zu belassen.
 - 319 ➤ das System der innerstädtischen Grünflächen durch Stadtumbauflächen zu ergänzen
 - 320 ➤ die Lebensbedingungen des Straßengrüns in der Stadt zu verbessern.
 - 321 ➤ einer optimierten stofflichen Verwertung des Mülls aus Privathaushalten den Vorrang vor einfacher Ver-
322 brennung zu geben und ein entsprechendes Anreizsystem für Schulen zu schaffen
 - 323 ➤ Rückbau versiegelter Flächen
- 324
325

326 **2.5. Halle – energisch Energie sparen**

327

328 Die drohenden Klimaveränderungen lassen kommunalpolitisches Handeln immer dringlicher erscheinen,
329 denn städtische Ballungsräume haben wesentlichen Anteil an der Entstehung der klimawirksamen Treib-
330 hausgase. Für DIE LINKE hat dabei der Klimaschutz nach wie vor Priorität gegenüber der Anpassung an
331 einen Klimawandel. Eine dem Klimaschutz verpflichtete Kommune bedarf neben energiesparenden Stadt-
332 strukturen auch einer sich energiebewusst verhaltenden Einwohnerschaft.

333 **Das heißt für DIE LINKE:**

334

- 335
- 336 ➤ Erhöhung der Aktivität der Stadt Halle im Klimabündnis europäischer Städte
- 337 ➤ Energiesparoffensive in allen kommunalen und sonstigen öffentlichen Gebäuden sowie im öffentlichen

- 338 Raum als Beitrag zum Klimaschutz und zur Haushaltskonsolidierung insbesondere durch Gebäudesanie-
339 rung und ein straffes Energiemanagement - Stadtverwaltung muss dabei eine Vorbildrolle übernehmen
340 ➤ Ausweitung und Verstärkung der Initiative „Klimaschutz macht Schule“
341 ➤ Erhaltung der Kraft-Wärme-Kopplung bei der Energieerzeugung
342 ➤ Erhalt der Fernwärmenutzung
343 ➤ Erarbeitung eines städtischen Konzeptes zur Förderung der Nutzung von Solarenergie im Stadtgebiet
344 ➤ Energetische Nutzung des in der Dölauer Heide und Parkanlagen anfallenden Holzes in geeigneten städ-
345 tischen Objekten.

346
347

348 **2.6. Halle – Stadt mit einer neuen Kultur der Mobilität**

349

350 Veränderte politische Rahmenbedingung, ein leeres Stadtsäckel, eine schrumpfende Einwohnerzahl, sich
351 wandelnde Mobilitätsbedürfnisse einer alternden Bevölkerung sowie die Anforderungen des Klimaschutzes
352 erfordern ein intensives Nachdenken über die Organisation der städtischen Verkehre in den nächsten 15 bis
353 20 Jahren.

354

355 **Das heißt für DIE LINKE:**

356

- 357 ➤ Initiierung einer breiten öffentlichen Diskussion für ein neues verkehrspolitisches Leitbild der Stadt mit
358 folgenden Schwerpunkten
- 359 ○ Hin zu einem umweltverträglicheren Verkehr,
 - 360 ○ Hin zu einem flüssigen Verkehr,
 - 361 ○ Hin zu einem intelligenteren Verkehr,
 - 362 ○ Hin zu einem für jedermann zugänglichen Verkehr,
 - 363 ○ Hin zu einem sicheren Verkehr
 - 364 ○ Hin zu mehr Lebensqualität
 - 365 ➤ Sicherung eines kommunalen Nahverkehrs unter Berücksichtigung europäischer Rahmenbe-
366 dingungen
 - 367 ➤ neues Radwegesaniierungsprogramm
- 368
369

370

371 **3. Für eine Stadt mit bester Lebensqualität**

372

373 Die Lebensqualität wird wesentlich von der Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt insgesamt
374 und den Möglichkeiten der Teilhabe eines jeden Einzelnen bestimmt. Die Attraktivität unserer Stadt wird
375 sowohl vom Spektrum öffentlicher und privater Angebote für den eher passiven Genuss von Kunst und
376 Kultur bestimmt wie von den Möglichkeiten zur aktiven Betätigung in Vereinen und Verbänden oder von der
377 Schul- und Bildungslandschaft. Veranstaltungen und Stadtteilstefte gehören ebenso dazu wie ein Sportverein,
378 dem man die Daumen drückt.

379

380 **3.1. Halle - Kulturhauptstadt Sachsen-Anhalts**

381

382 Lebendige Demokratie braucht den freien Zugang aller zur Kultur – und das von Anfang an. Kulturelle Ein-
383 richtungen und Initiativen sind mehr als nur „Kulturanbieter“. Sie sind Lernort für Demokratie und interkul-
384 turellen Dialog, für die Entfaltung von Kreativität und sozialer Kompetenz.

385 Angesichts wachsender sozialer Ungleichheit wird Kultur und kulturelle Bildung immer wichtiger. Insbe-
386 sondere die zahlreichen soziokulturellen Angebote für Kinder und Jugendliche tragen dazu bei, in schwieri-
387 gen Lebenslagen Orientierung und sozialen Halt zu geben.

388

389 **Das heißt für DIE LINKE:**

390

- 391 ➤ Erhalt und stetige Weiterentwicklung des vielfältigen Angebotes an kulturellen Einrichtungen und In-
392 itiativen, wie soziokulturelle Angebote in den Stadtteilen und den Angeboten in den Theatern, Bibliotheken
393 und Museen.
- 394 ➤ Erhalt bestehender Einrichtungen und vor allem Weiterentwicklung einer ausgewogenen Theaterland-
395 schaft - ‚Kunst und Kultur leben nicht davon, dass sie als Anspruch konserviert werden‘

- 396 ➤ JA zu einer gemeinsamen Theater, Oper und Orchester GmbH, zukünftig eingebunden in eine städtische
397 Gesamtkulturkonzeption
- 398 ➤ Erstellung eines kulturellen Leitbildes für die Stadt Halle (Saale)
- 399 ➤ verlässliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln für kulturelle Einrichtungen, wobei ein ausgewogenes
400 Verhältnis zwischen Mitteln für städtische Einrichtungen und Angebote der freien Kultur- und Kunst-
401 zene verstetigt werden soll
- 402 ➤ Beibehaltung der Bibliotheken in unserer Stadt, einschließlich der Fahrbibliothek, als Zentren der Ver-
403 mittlung von Informationskompetenz
- 404 ➤ auch zukünftig die Händelfestspiele jährlich als einen Höhepunkt der Pflege des musikalischen Erbes
405 unserer Stadt beizubehalten
- 406 ➤ kulturelle Kinder- und Jugendarbeit soll ein wesentlicher Bestandteil von Angeboten der Theater und
407 Kultureinrichtungen werden
- 408 ➤ Einrichtungen der kulturellen Bildung wie das Konservatorium sollen langfristig erhalten und ein be-
409 zahlbares Angebot für Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten bleiben
- 410 ➤ Beibehaltung bzw. Ausbau der theaterpädagogischen Angebote
- 411 ➤ Unterstützung der freien Kulturszene der Stadt, wie z.B. freie Theater, Schreibzirkel, Galerien und
412 Kunstvereine
- 413 ➤ zügiger Ausbau und konzeptionelle Verbesserung des Stadtmuseums
- 414 ➤ stärkere regionale Verknüpfung von kulturellen Angeboten und Ausbau der Kooperation im Kulturbe-
415 reich mit der Stadt Leipzig
- 416 ➤ Plädoyer für einen Finanzausgleich zwischen der Stadt Halle und den Umlandgemeinden bzw. Umland-
417 kreisen bei der Finanzierung der für alle wichtigen kulturellen und künstlerischen Angebote.
- 418
- 419

3.2. Halle - Stadt mit sportlichen Ambitionen

420

421

422 DIE LINKE versteht Sport und Sporttreiben als ein soziales Recht der Menschen, dessen Wahrnehmung der
423 sinnvollen Freizeitgestaltung und dem persönlichen Wohlbefinden dienen. Gerade auch beim Sport für Kin-
424 der und Jugendliche wird seine zunehmend soziale Funktion deutlich. Neben dem Breitensport prägen auch
425 die zahlreichen Erfolge unserer Leistungssportler die Stadt, deren Namen damit in die Welt getragen wird.
426 Sportlicher Erfolg ist positiv Image bildend für die Stadt.

427 Außer der sozialen und Image bildenden Funktionen, tragen viele Vereine in ihrer Arbeit auch einer weiteren
428 Funktion des Sports zunehmend Rechnung – Sport als präventive Gesundheitsvorsorge für alle Altersgrup-
429 pen

430 Leider findet der Sport in unserer Stadt in vieler Hinsicht keine guten Bedingungen vor. Der große Investiti-
431 ons- bzw. Sanierungsbedarf vieler Sportanlagen und –hallen ist dafür beredter Ausdruck. Dies muss mittel-
432 langfristig verändert werden.

Das heißt für DIE LINKE:

- 433
- 434
- 435
- 436 ➤ bedarfsgerechte Förderung der Sportvereine, die es allen Sportinteressierten – unabhängig vom Geld-
437 beutel – ermöglicht, Sport zu treiben, nicht zu letzt im Interesse einer gesunden Lebensweise.
- 438 ➤ moderate Eintrittspreisgestaltung in Frei- und Hallenbädern, auch nach einer eventuellen Privatisierung
439 der Bäder
- 440 ➤ Umbau des Kurt – Wappel – Stadions zu einem leistungsgerechten Fußballstadion
- 441 ➤ Bau mindestens einer Ballsporthalle, die den Ansprüchen der 1. und 2. Bundesliga in den Ballsportarten
442 entspricht
- 443 ➤ Sportentwicklungskonzept mit Sportartenförderkonzept, Sportstättenleitplanung und Sportstättenanie-
444 rungsprogramm für die nächsten 10 Jahre
- 445 ➤ keine weitere Schließung von Sporthallen
- 446

447 **3.3. Halle – Bürgerkommune und eine sichere Stadt**

448
449 Hallenserinnen und Hallenser müssen die Möglichkeit erhalten, das öffentliche Leben unserer Stadt mitzuge-
450 stallen. Frühzeitig sind sie in kommunale Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

451 Effektive Sicherheitspolitik muss zuerst den Bereich der Prävention in den Blick nehmen und die Ursachen
452 und Bedingungen von Kriminalität bekämpfen. Zur freien und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesell-
453 schaft gehört das Empfinden, sich in Sicherheit zu bewegen. Das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Bürge-
454 rinnen und Bürger nehmen wir deshalb sehr ernst.

455
456 **Das heißt für DIE LINKE:**

- 457
- 458 ➤ Förderung des Bürgerengagements und Einbeziehung in Entscheidungsfindungen, wie zum Beispiel die
- 459 schrittweise Einführung eines Bürgerhaushaltes
- 460 ➤ Unterstützung des Anliegens, dass Bürgerinitiativen, Vereine und Verbände, die Möglichkeit erhalten,
- 461 Einwohneranträge zu stellen sowie Tagesordnungspunkte im Stadtrat zu verlangen
- 462 ➤ Stärkung von Bürgerinitiativen und die Vereinfachung von Verwaltungswegen
- 463 ➤ Einführung von Stadtteilräten
- 464 ➤ Entwicklung stadtteilbezogener Sicherheitskonzepte
- 465 ➤ Erhalt und Unterstützung aller Freiwilligen Feuerwehren und der Wasserrettungsdienste
- 466 ➤ Beibehaltung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität - für Toleranz und Inte-
- 467 gration“
- 468 ➤ Wiedereinführung des Polizeibeirates
- 469 ➤ Unterstützung der Kontaktbereichsbeamten in ihrer bürgernahen Tätigkeit
- 470 ➤ Konfliktmanagement statt Bürgerwehren

471 472 473 **3.4. Halle - gemeinsam gegen Rechtsextremismus**

474
475 Rechtsextreme Einstellungen ziehen sich durch alle gesellschaftlichen Schichten. Sie sind ebenso wie
476 rechtsextreme Handlungen und Straftaten eine Bedrohung für die Demokratie. Wir alle müssen ihr ge-
477 meinsam auf allen politischen Ebenen - parlamentarisch wie außerparlamentarisch- begegnen. DIE LIN-
478 KE setzt sich deshalb für das konstruktive Zusammenwirken aller Demokraten ein. Dazu gehört es auch,
479 eine ungeschönte Wahrnehmung rechtsextremer Aktivitäten in Halle zu haben, die nicht aus Angst vor
480 möglichen Imageschäden die Augen vor tatsächlich bestehenden Problemen verschließt. Nur dann kann
481 Rechtsextremismus wirkungsvoll bekämpft werden, nur dann können Opfer von rechter Gewalt, Diskri-
482 minierung und Ausgrenzung Solidarität erfahren.

483 DIE LINKE will ein gesellschaftliches Klima schaffen, welches nicht zulässt, dass Menschen wegen ih-
484 rer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer Sexualität oder ihrer politischen Orientierung diskriminiert oder gar
485 angegriffen werden.

486 Dazu bedarf es der gemeinsamen Anstrengungen aller politischen Akteure in der Stadt und vor allem des
487 Engagements der Bürgerinnen und Bürger.

488
489 **Das heißt für DIE LINKE:**

- 490
- 491 ➤ die kontinuierliche Förderung von Projekten, die der Interessenvertretung vor allem von MigrantIn-
- 492 nen, Menschen mit Behinderungen oder Menschen in alternativen Lebensformen dienen
- 493 ➤ die Unterstützung der Initiativen und Netzwerke gegen Rechtsextremismus in der Stadt
- 494 ➤ Sensibilisierung und interkulturelles Training für Mitarbeiter der städtischen Verwaltungseinrichtun-
- 495 gen
- 496 ➤ die stetige Arbeit an Konzepten gegen Gewalt und Ausgrenzung an Schulen und Vernetzung einzel-
- 497 ner Projekte mit Unterstützung der Stadtverwaltung
- 498 ➤ Antirassistische Standards im Sport, insbesondere im Kinder- und Jugendsport und im Bereich der
- 499 Fankultur
- 500 ➤ die Förderung und Qualifizierung von Projekten zur historischen und politischen Bildung
- 501 ➤ Förderung der Vereine und Verbände, die in der Beratung und Betreuung von MigrantInnen tätig sind
- 502 ➤ Unterstützung der Arbeit des Ausländerbeirates und des Ausländerbeauftragten

503 **4. Für eine finanziell gesunde(nde) Stadt**

504
505 Die finanziellen Spielräume für gestaltende Kommunalpolitik sind eng und werden in den kommenden Jahren kaum grö-
506 ßer werden. Der Haushalt wird wie bei allen Kommunen überwiegend von den Finanzausweisungen des Landes gespeist.
507 Eigene Einnahmequellen mittels Steuern und Gebühren sind durch die wirtschaftliche Situation und die damit verbunde-
508 ne relativ hohe Arbeitslosigkeit nicht ausreichend und auf Dauer vorhanden.

509 DIE LINKE wird dies bei der Umsetzung ihrer Ziele zu beachten haben. Nur ein verantwortungsbewusster Umgang mit
510 den finanziellen Mitteln führt zur Sicherung der Aufgaben der Daseinsvorsorge.

511 Darum ist es besonders wichtig, dass in Fragen der Finanzierung von Projekten Prioritäten gesetzt werden. Wir setzen
512 Prioritäten dort, wo es um soziale Gerechtigkeit und gleiche Teilhabemöglichkeiten geht, wo es um die Entwicklung der
513 wirtschaftlichen Anziehungskraft und um die Lebensqualität, um die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in der
514 Stadt geht.

515 Es geht aber auch darum, wo mehr Geld für die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, besonders auch der so genann-
516 ten freiwilligen Leistungen, herkommen kann. DIE LINKE verschließt sich deshalb nicht der Notwendigkeit der Haus-
517 haltskonsolidierung. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Stadt Halle nicht kaputt gespart werden darf. Haushalts-
518 konsolidierung darf nicht bei den notwendigen Leistungen für die Bürger beginnen. Und wenn schon
519 Haushaltskonsolidierung, dann bitte nur unter dem Gesichtspunkt der Beibehaltung des Prinzips des sozialen Ausgleichs.
520 In diesem Sinne sind wir auch bereit, uns gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unsozialen Haushaltszwängen
521 entgegen zu stellen, wie z.B. dem Komplettverkauf der kommunalen Wohnungsgesellschaften oder der Stadtwerke.

522 Dennoch, bei aller gebotenen Haushaltsdisziplin, ohne grundlegende Veränderung der Einnahmesituation des Haushaltes
523 der Stadt Halle und der Finanzströme zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist eine solide Haushaltspolitik in keiner
524 Kommune wie Halle mehr möglich.

525 Deshalb setzt sich DIE LINKE für eine gesetzliche Veränderung der kommunalen Einnahmenbeschaffung ein, die an
526 erster Stelle die Möglichkeiten der Erzielung von Einnahmen aus eigener Wirtschaftstätigkeit sowie aus Bundes- und
527 Landeszuweisungen zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge vorsieht.

528 Artikel 14 des Grundgesetzes - Eigentum verpflichtet - darf nicht zum sozialen Ruin einer Stadt und ihrer Bürger führen.
529 Wir wollen erreichen, dass Gebühren für Wasser und Abwasser auf eine sozial zumutbare Höchstgrenze begrenzt wer-
530 den. Wir wollen eine kostenneutrale Müllentsorgung auf der Grundlage verbrauchsabhängiger Berechnungen. Die LIN-
531 KE wird sich für sozialverträgliche Gebühren und Eintrittspreise für kommunale Einrichtungen einsetzen.

532 Bei der weiteren Übertragung von Aufgaben auf die kommunale Ebene ist gleichzeitig die Überlassung der notwendigen
533 Finanzmittel strikt einzufordern.

534 Wir fordern vom Land einen ausreichenden Finanzausgleich für die Kommunen zur Sicherung der Daseinsvorsorge.
535
536

537 **5. Für eine kooperative und weltoffene Stadt**

538
539 Europa denkt und entwickelt sich zunehmend in Regionen; und die regionale Wirtschaftskraft ist eines der entschei-
540 den Kriterien für die Höhe der aus Brüssel fließenden Fördermittel. Die Region Halle-Leipzig-Sachsendreieck stellt eine
541 in Deutschland wichtige Metropolregion dar. Dieser Metropolregion nicht angemessen sind jedoch die zersplitterten po-
542 litischen Zuständigkeiten und suboptimalen Entscheidungsstrukturen. Die regionale Entwicklung muss auf Grund der
543 wirtschaftlichen Lage aller Kreise und Kommunen eine zunehmende Rolle spielen. Es muss gelingen, die Ressourcen
544 aller umliegenden Gemeinden und Kreise zu bündeln. Nur wenn es gelingt durch Zusammenarbeit die besten Standorte
545 für Schulen, Industrieansiedlung, Sportstätten und Kultureinrichtungen zu finden, wird es möglich sein die Bedürfnisse
546 der Einwohner aller Kommunen der Region zu befriedigen statt Neid auf die Großstadt Halle zu erwecken.

547 **Das heißt für DIE LINKE:**

- 548
- 549 ➤ Überwindung von Kirchturmpolitik und kleinkariertem kommunalpolitischem Denken
 - 550 ➤ Einbeziehung der gewählten Landes- und Kommunalpolitiker in die Entscheidungsabläufe
 - 551 ➤ Initiierung einer entscheidungsoffenen gesellschaftlichen Zukunftsdebatte über Rolle, Ziele und Aufga-
552 ben der Metropolregion
 - 553 ➤ Qualifizierung der Arbeit des Zweckverbandes zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung - durch Ko-
554 operation statt durch Konfrontation die Probleme des Stadt-Umland-Verhältnisses zu lösen
 - 555 ➤ Infrastrukturentwicklung mit dem Saalekreis abstimmen und gemeinsam finanzieren
 - 556 ➤ perspektivische Zusammenführung der Saalesparkasse mit der Leipziger Sparkasse zu einem regionalen,
557 mitteldeutsche Interessen berücksichtigenden Geldinstitut

558

559

560

Halle gehört auch zu Europa!

561

562

563

564

565 **DIE LINKE will, dass Bürgerinnen und Bürger in Europa zu Hause sind.**

566 **Wir wollen deshalb mit einer starken Vertretung im Europäischen Parlament**

567 **sichern, dass die Interessen der Kommunen und Regionen bei der weiteren**

568 **Ausgestaltung der Europäischen Union entsprechend ihren Niederschlag finden.**

569 **Darum ist es wichtig, am 07. Juni 2009 DIE LINKE mit einer starken Fraktion in den**

570 **Stadtrat zu wählen und Ihre Stimme der Bundesliste der LINKEN für das**

571 **europäische Parlament zu geben**

572

DIE LINKE.

573

574

-

Original Sozial !

575